

Was erwarten die Parteien von den Unternehmen? Wie verstehen sie die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen?

Auszüge aus den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2013 der CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke

(In den Wahlprogrammen der Piraten-Partei und der Alternative für Deutschland
finden sich keine konkreten Bezüge zum Thema)

CDU („Regierungsprogramm“)

„Wenn aus Ideen neue Produkte und Arbeitsplätze entstehen sollen, brauchen wir tüchtige und gut ausgebildete Arbeitnehmer. Und genauso brauchen wir Menschen, die bereit sind, unternehmerische Verantwortung und persönliche Risiken zu übernehmen. Dazu wollen wir die Menschen ermuntern. Wir wollen Menschen mit Mut unterstützen, aus ihren Geschäftsideen Unternehmen zu entwickeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Denn verantwortliches Unternehmertum stärkt unser Land. Dazu zählen vor allem die vielen privaten Firmeninhaber in Handwerk und Mittelstand, die für ihr wirtschaftliches Engagement persönlich haften und gerade stehen. Sie stehen nicht nur für den eigenen Erfolg oder Misserfolg, sondern auch für soziale Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern und der Gesellschaft. Wir erwarten diese Haltung und Verantwortungsübernahme von allen Unternehmern und Unternehmen. Denn umgekehrt unterstützt der Staat durch gute Rahmenbedingungen, soziale Stabilität, Bildung und Rechtsstaatlichkeit deren Arbeit und Einsatz. Dafür muss jeder seinen Beitrag leisten – auch in Form von Steuern und Beiträgen. Genauso muss jeder, der Gewinnchancen hat, auch für die Verluste haften. Dieser Zusammenhang von Entscheidungsverantwortung und Haftung ist auf den internationalen Finanzmärkten zulange missachtet worden. Deshalb treten wir in Europa und international für eine wirksamere Regulierung ein. Deutschland ist unter der Führung der Union Vorbild und Tempomacher zugleich. Gerade auf europäischer Ebene haben wir viel erreicht, was international noch durchgesetzt werden muss.“

Fazit: Appell an verantwortliche Unternehmensführung, Schaffung von Arbeitsplätzen

FDP („Bürgerprogramm“)

„Wir stärken unseren Mittelstand, weil er das Rückgrat unserer Wirtschaft ist und gute, anständige Arbeit für die Menschen in unserem Land sichert. Und wir entlasten Bürger, Selbständige und Unternehmer von Steuern und Bürokratie. Damit am Ende des Monats etwas mehr Zeit und Geld bleibt für das eigene Zuhause, die eigene Vorsorge, die eigenen Träume. Damit Erfinder, Entdecker, Wagemutige und Kreative die Mittel und die Freiheit dazu haben, ihre Ideen zu verwirklichen. Und so unser Land voranbringen.“

Fazit: Steuererleichterungen

SPD

„Wir wollen wieder eine Kultur der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft etablieren.

Dazu fordern wir

- eine wirksame Langfristorientierung der Vergütungs- und Bonisysteme,
- ein festgeschriebenes Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni, ebenso wie die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern, einschließlich Boni und von Abfindungen auf maximal 50 Prozent der Beträge, die 500.000 Euro übersteigen.

Wir wollen zusätzlich eine neue Unternehmensverfassung.

Im Aktiengesetz muss festgeschrieben werden, dass Unternehmen nicht nur den Aktionärinnen und Aktionären, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet sind.

Im Bereich der Unternehmensmitbestimmung muss ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden.

Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung ist ein Schlüssel, um Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens zu beteiligen. Wir wollen sie weiter ausbauen.

Wir setzen uns für eine Förderung des Genossenschaftswesens ein. Genossenschaften haben sich gerade in Zeiten großer struktureller wirtschaftlicher Veränderungen als innovative und stabile Unternehmensformen erwiesen. Nicht ohne Grund sind etwa in der Finanzkrise die Genossenschaftsbanken Volks- und Raiffeisenbanken im Vergleich zu Instituten anderer Rechtsformen am besten durch die Krise gekommen.

Die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen beispielsweise aus dem demografischen Wandel und beim Wohnungsbau können mit Hilfe von Genossenschaften erleichtert werden. Auch bei der Regelung der Unternehmensnachfolge bietet das Genossenschaftsmodell eine Alternative. Wir wollen deshalb das Genossenschaftsrecht weiterentwickeln, um die Attraktivität des Genossenschaftswesens zu steigern und die Gründung von neuen Genossenschaften zu erleichtern, auch durch Erleichterungen für Kleinstgenossenschaften.

Der Staat muss als Auftraggeber der Wirtschaft neue Standards setzen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Anwendung des Vergaberechts Berücksichtigung finden. Wir wollen, dass die öffentliche Hand ausreichend personelle und inhaltliche Kompetenzen behält, damit kein Zwang zur Privatisierung und Auslagerung an private Anbieter entsteht.“

Fazit: politisch geforderte Stärkung der Mitarbeiter, Stärkung der Genossenschaften

Bündnis 90 / Die Grünen

„Anders wirtschaften heißt sich einmischen, um dem Vorrang der Politik Geltung zu verschaffen. Damit meinen wir, dass demokratisch legitimierte Institutionen den Rahmen für wirtschaftliches Handeln setzen sollten. Dazu müssen auch die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Ökonomie analysiert und berücksichtigt werden. Ein einfacher Gegensatz zwischen „guter“ Politik und „schlechter“ Ökonomie greift zu kurz. Die Finanzmärkte in Europa müssen wir endlich an die Leine nehmen, indem wir die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik korrigieren, die jahrelang Deregulierung und kurzfristige Profitmaximierung über nachhaltige Entwicklung stellte. Dabei müssen ökonomische Gesetzmäßigkeiten beachtet werden. Nur

so haben wir eine Chance, dass die Krise nicht zur Dauerkrise wird.

Unser bisheriges Wirtschaftsmodell mit seinem enormen Energie- und Rohstoffhunger hat ausgedient. Regenerative Energien, regenerative Materialien, Recycling, eine bessere Reparaturfähigkeit von Produkten und nachhaltige Ressourcennutzung sind die Grundlagen der ökologischen Transformation. Fossile Energien als Rohstoffe müssen nachhaltig verwendet und als Reserve erhalten werden. Mit grünen Ideen lassen sich schwarze Zahlen schreiben – in Deutschland und in Europa, das hier eine globale Vorreiterrolle einnehmen kann. Es gibt keinen Gegensatz zwischen Wertschöpfung und ökologischer und sozialer Verantwortung. Das ist Kern grüner Wirtschaftspolitik.

Wir brauchen nicht weniger als eine grüne industrielle Revolution, die den Menschen, die Umwelt und das Klima in den Mittelpunkt stellt.

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine ressourcenverträgliche Produktion gehen Hand in Hand. Allerdings wird dieser Wechsel nicht von selbst kommen. Dazu braucht es eine aktive Politik, die sowohl ordnungsrechtliche Maßnahmen als auch Marktmechanismen nutzt, um die Kreativität und Innovationskraft der Unternehmen in den ökologischen Umbau zu lenken. Dafür entwickeln wir eine übergreifende Strategie, die dem Strukturwandel eine Richtung gibt und die Unternehmen in ein neues Gründerzeitalter mitnimmt. Unternehmen sind Akteure des Wandels. Ohne die unternehmerische Vielfalt ist die ökologische Modernisierung der Wirtschaft nicht zu bewältigen. Wir brauchen ihre Kreativität und Flexibilität und ihre Investitionskraft.

Diese Transformationsstrategie bedarf verschiedener Instrumente. Während ein ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen Anreize für eine nachhaltige Entwicklung setzt und öffentliche Investitionen die Infrastrukturen schaffen, wird grüne Industriepolitik den Wandel in den einzelnen Branchen moderieren.

Mit gezielten Förder- und Forschungsprogrammen, mit zielgenauen ökologischen Leitplanken oder Nachfrageimpulsen schaffen wir neue Investitionschancen für Unternehmen und können so die notwendige Umbaudynamik anstoßen.

Grüne Industriepolitik nimmt alle Branchen in den Blick. Alle Unternehmen müssen diesen Strukturwandel vollziehen, um auch in Zukunft am Markt erfolgreich zu sein. Wir wollen der Industrieproduktion Impulse geben, sich insgesamt unter Energie- und Materialeffizienz Gesichtspunkten zu erneuern, und zukunftsweisende Technologien vorantreiben – sei es in der Erneuerbare-Energien-, der Automobil- oder der Chemieindustrie.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat bereits hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Und es gibt Potential für noch deutlich mehr, wenn wir diesen Innovationsprozess vorantreiben: Windkraftwerke, Solar- und Photovoltaikanlagen, Energiespeicher müssen entworfen, produziert, installiert und gewartet werden.

Neue intelligente Stromnetze müssen entwickelt und flächendeckend aufgebaut werden. Dabei müssen sehr schnell höchste Sicherheitsstandards entwickelt und implementiert werden. Häuser müssen wärmedämmend, Haustechnik modernisiert, Produktionsprozesse energiesparend umgebaut werden. Neue Jobs entstehen also nicht nur in den Erneuerbare-Energien-Industrien, sondern auch im Maschinenbau, im Handwerk, im Baugewerbe, in Ingenieurbüros.

Der Umstieg auf ressourcenleichtes Wirtschaften und auf geschlossene Stoffkreisläufe kommt nicht nur der

Umwelt zugute, sondern stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Deshalb führen wir den Top-Runner-Ansatz ein, damit umweltfreundliche Technologien schnell eingesetzt werden.

Das funktioniert, indem beispielsweise die Waschmaschine mit dem geringsten Stromverbrauch nach einer bestimmten Frist den Standard vorgibt, den alle anderen auch erfüllen müssen. Bisher ist für Unternehmen nur die Berichterstattung über finanzielle Kennzahlen verpflichtend. Wir wollen, dass für Unternehmen ab einer bestimmten Größe auch die Berichterstattung über soziale und ökologische Kennzahlen verpflichtend wird. Als Orientierungsrahmen dienen die bisher mit den freiwilligen Standards der Global Reporting Initiative gemachten Erfahrungen.

Deutschland als innovativer Industriestandort muss bei der europäischen Ressourceneffizienzstrategie die Blockierrolle aufgeben und stattdessen gemeinsame europäische Ziele, Wegmarken und Bewertungsmaßstäbe für die Ressourceneffizienz unterstützen. Das Impulsprogramm Materialeffizienz wollen wir weiter ausbauen, um Energieeffizienz erweitern und so effiziente Produktion attraktiver machen. Die Effizienzgewinne stehen dann für Investitionen in ökologische Ressourceneffizienz zur Verfügung. Verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten, längere Haltbarkeit der Produkte sowie Rücknahmepflichten für Hersteller sollen zur besseren Schließung und Schonung der Stoffkreisläufe beitragen. Die ökologische Modernisierung löst enormen Finanzierungsbedarf aus. Wir wollen neue Wege eröffnen, um private Finanzströme in den ökologischen Umbau zu lenken. So übernimmt bei Projektbonds die öffentliche Hand gegen Beteiligung einen Teil der Hochrisiken, die von den Privaten nicht getragen werden können, und ermöglicht so wichtige Investitionen.

An der Mobilitätswirtschaft insgesamt und im Speziellen an der Automobilindustrie hängen in der Bundesrepublik hunderttausende Jobs. Nur wer mit umweltverträglichen Konzepten und Fahrzeugen auf dem internationalen Markt präsent ist, hat wirtschaftlich eine Zukunft und bleibt wettbewerbsfähig. Deswegen kommt es darauf an, dass zukünftig die innovativsten und effizientesten Fahrzeuge vom Band rollen. Durch ambitionierte Verbrauchsobergrenzen schaffen wir verbindliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Aber wir GRÜNE wissen auch, dass es damit nicht getan ist. Angesichts des Klimawandels geht es nicht um immer mehr Autos, sondern um eine Verkehrswende hin zu weniger motorisiertem Individualverkehr. Und es geht auch um neue Mobilitätskonzepte auf Basis sozialer und ökologischer Innovationen. So wird bei Carsharing-Modellen „Besitzen“ durch „Nutzen“ ersetzt.

Nirgendwo anders bündeln sich die Herausforderungen, vor denen wir stehen, so sehr wie in der Chemieindustrie. Die chemische Industrie hat aber auch ein gewaltiges Potential zur Lösung drängender Probleme. Dazu muss sie stärker auf den Einsatz zertifizierter nachwachsender Rohstoffe setzen. Grüne Rohstoffpolitik setzt neben Effizienz auf Recycling und verlässt sich nicht auf Importe von Rohstoffen mit häufig zweifelhafter Herkunft. Recycling ist ohne chemische Prozesse in den seltensten Fällen möglich. Chemie kann helfen Gebäude zu dämmen, Solarstrom zu erzeugen oder den Verkehr sauberer zu machen. Ein Elektroauto wird nur mit einem leistungsstarken und effizienten Akku erfolgreich auf dem Markt bestehen können.

Dafür soll die chemische Industrie noch mehr Teil der Problemlösung werden und sich auch den ökologischen Herausforderungen bei der Produktentwicklung stellen. Die Befreiung der chemischen Industrie von der Mineralölsteuer lässt sich aus unserer Sicht nicht länger halten; als umweltschädliche Subvention wollen wir sie im Rahmen unserer ökologischen Finanzreform abschaffen und so Anreize zur Innovation weg vom Öl geben. Dafür ist eine aktive Industriepolitik notwendig, die versucht, mit weltweiten Handelspartnern faire

Wettbewerbsbedingungen auszuhandeln sowie ein Kredit- und Wirtschaftsprogramm der KfW und ein Forschungsprogramm für die deutsche Solarindustrie aufzulegen.

Die Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien hat sich von einer energiepolitischen Nische zu einem Boommarkt entwickelt. Andere Länder wie China haben die Bedeutung dieses Industriezweiges erkannt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat versäumt, einen entsprechenden Schwerpunkt zu setzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Erzeugung Erneuerbarer Energien einen Schlüssel für eine nachhaltige Wirtschaftsweise und wollen eine wettbewerbsfähige Solarindustrie als industriellen Schwerpunkt in der EU. Wir wollen eine europäische Industriepolitik für Erneuerbare Energien. Eine solche Förderung muss auch durch entsprechende Finanzierungsinstrumente zum Aufbau einer schlagkräftigen Erneuerbare-Energien-Industrie begleitet werden. Gegen unfaire Dumpingpraktiken muss eine europäische Antwort gefunden werden.

Die maritime Wirtschaft ist von strategischer Bedeutung für die gesamte Bundesrepublik. Nach Jahren des Booms steckt sie in einer Krise. Steuersparmodelle haben die Schiffsfinanzierung zu einem Spekulationsgeschäft gemacht, bei dem viele Anleger ihr Geld verloren haben. Wir wollen das maritime Bündnis und die Schiffsfinanzierung auf neue Beine stellen.

Bund, Länder und Kommunen geben pro Jahr rund 360 Mrd. Euro für öffentliche Aufträge aus. Das sind über 14 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Wir wollen die Transformation der Wirtschaft auch über diesen Hebel stärker vorantreiben, indem die öffentliche Hand bei der Beschaffung konsequenter auf innovative Produkte setzt.

Diese Produkte und Dienstleistungen, die von öffentlichen Stellen gekauft werden, sollen ökologisch nachhaltig und unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, entsprechend den Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), produziert sein und den Kriterien des fairen Handels genügen. Wir werden uns für eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Regeln zur Beschaffung einsetzen. Ferner fordern wir einen Aktionsplan für ökologische und soziale Beschaffung mit klaren Zielvorgaben nach dem Prinzip des Gender-Budgetings, einheitliche Arbeitshilfen, Fortbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten und eine zentrale Service- und Beratungsstelle. Die Aktivitäten und Initiativen in Sachen Diversity-Management (Vielfaltsmanagement) sind zu unterstützen und zu fördern.

Der demografische Wandel ist auch eine große wirtschaftliche Herausforderung. Notwendig sind eine familienfreundliche Unternehmenskultur, Qualifizierungsangebote sowie gute Rahmenbedingungen für alters- und altersgerechte Arbeitsplätze, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Dazu gehören auch besondere Anstrengungen, um Frauen und Männern gleichermaßen den Zugang zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Wir erkennen ausländische Abschlüsse leichter an, fördern lebenslanges Lernen und die Weiterbildungsaktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen. Mit guten Hochschulen werden wir attraktiv für ausländische Studierende, die nach ihrer Ausbildung ihre Zukunft in Deutschland sehen und zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen oder Brückenbauer in ihren Herkunftsländern sind.

Eine Ursache für die Finanzkrise waren unverhältnismäßig hohe und nur auf den kurzfristigen Erfolg ausgerichtete Manager- und Aufsichtsratsvergütungen. Überhöhte Gehälter, Boni und Phantasieabfindungen wollen wir wirksam begrenzen.

Die Finanzmärkte haben ihre zentrale Aufgabe als Dienstleister für die Realwirtschaft. Werden sie zum Selbstzweck, dienen sie als (Spiel-)Casino und können ganze Volkswirtschaften in den Abgrund stürzen. Mit einer strikten Regulierung wollen wir eine nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftsordnung verankern.

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Faire und vergleichbare Bedingungen sind die Voraussetzung, damit kleine und mittlere Unternehmen im Wettbewerb bestehen können. Wir wollen deshalb die Möglichkeit schaffen, einzelne Anbieter bei übergroßer Marktmacht zur Aufgabe von Unternehmens und Marktanteilen zu zwingen. Das Wettbewerbsrecht braucht neue Instrumente, die verhindern, dass Unternehmen sich Wettbewerbsvorteile verschaffen, indem sie ökologische und soziale Kosten auf Umwelt und Gesellschaft verlagern. Durch Wettbewerbsverstöße werden VerbraucherInnen geschädigt, deshalb müssen deren Rechte im Kartellrecht gestärkt werden.“

Fazit: Stärkung der politischen Einflussnahme, Verbindung zu den Stakeholdern, Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien, Nachhaltigkeitsberichtspflicht, Konzentration auf Ökologie in der Unternehmensführung, Regulierung der Finanzmärkte

Die Linke

„Wirtschaft demokratisieren: von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung

Demokratie darf nicht an der Bürotür, am Werkstor oder dem Eingang zum Krankenhaus enden. Wir treten für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein, in der Demokratie auf Wirtschaft ausgedehnt wird, statt sie den Anforderungen von Märkten und Konkurrenz unterzuordnen. Dazu gehören – wie beschrieben – der Finanzsektor unter demokratischer Kontrolle und eine Regulierung der Finanzmärkte. Auch auf betrieblicher Ebene muss die Sozialbindung des Eigentums gesichert werden.

Die Mitbestimmung der Beschäftigten auf Unternehmensebene in Aufsichts- und Verwaltungsräten muss erhalten und unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen Strukturveränderungen weiterentwickelt werden.

- Der Geltungsbereich der Gesetze über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten größerer Kapitalgesellschaften muss auf Scheinauslandsge-sellschaften ausgedehnt werden. Die Möglichkeit durch Verlagerung des Unter-nehmenssitzes innerhalb der EU das Mitbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten zu umgehen und so die Wirtschafts- und Sozialordnungen gegeneinander auszuspielen, muss unterbunden werden.
- Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Ausweitung des Anwendungsbereichs der Mitbestimmungsgesetze durch Senkung der gesetzlich vorausgesetzten Mindestanzahl der Beschäftigten. Zudem müssen in Aufsichtsräten größerer Kapitalgesellschaften Anteilseigentümer und Arbeitnehmer nicht nur zu gleichen Teilen vertreten sein, sondern auch alle Entscheidungen gleichberechtigt treffen. Für große strukturbestimmende Unternehmen und systemrelevante Kreditinstitute mit Sitz in Deutschland wollen wir zudem die Kernregelungen des VW-Gesetzes übernehmen: Bund und Länder bekämen danach die Sperrminorität in der Versammlung der Anteilseigentümer.

Die Ausgestaltung einer sozialen Wirtschaft mit regionalen Wirtschaftskreisläufen muss klaren Maßstäben folgen, die Verteilungsmaßnahmen, demokratische Kontrolle, Teilhabe und Mitspracherechte für alle beteiligten Gruppen umfasst.

Hierbei spielen für uns Genossenschaften eine wichtige Rolle, die vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise eine klare Alternative für ein soziales und nachhaltiges Wirtschaften darstellen. Wir wollen das Genossenschaftsprinzip ausbauen und das Genossenschaftsrecht stärken. Wirtschaftsdemokratie setzt auch den Ausbau von Belegschaftseigentum voraus, das die Mitbestimmung der Beschäftigten stärkt, durch stärkere regionale Bindung von Unternehmen regionale Wirtschaftskreisläufe fördert und zur gerechteren

Vermögensverteilung beiträgt. Daher wollen wir Unternehmen, die ganz oder zum Teil im Eigentum der Belegschaft stehen, mit Steuererleichterungen und durch Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge konkret fördern. Erweiterte Mitbestimmungsrechte und überbetriebliche Beiräte bilden weitere Möglichkeiten zu Demokratisierung der Wirtschaft. Und sie ist eine Frage des Eigentums: Unternehmen der Daseinsvorsorge, Finanzinstitute und strukturbestimmende Unternehmen der Energiewirtschaft gehören schon längst in öffentliche Hand. Wir wollen strukturbestimmende Großunternehmen in gesellschaftliche Eigentumsformen überführen. Das schließt das Ziel der Entmachtung der großen Stromkonzerne ein. Sie müssen in öffentliches Eigentum überführt werden. Ihre Vergesellschaftung wird durch Rekommunalisierung und Dezentralisierung der Energiewirtschaft erreicht, mit demokratischer Selbstverwaltung und demokratischer Kontrolle.

Dieser Umbau wird auf allen Ebenen von Branchendialogen fachlich begleitet und von Branchenbeiräten koordiniert. In ihnen sitzen Unternehmen, Wissenschaft, Umwelt- und Konsumentenverbände sowie Gewerkschaften. Die Beiräte haben je Ebene besondere Aufgaben. Sie haben auf ihrer jeweiligen politischen Ebene ein Initiativrecht.

- Die Mitbestimmung der Beschäftigten, die Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten müssen ausgebaut werden.
- Der Antistreikparagraph, § 160 SGB III begünstigt die ohnehin stärkere Seite, die Arbeitgeber, und muss abgeschafft werden.
- Wir wollen das Mitbestimmungs- und das Streikrecht auf Veräußerungen, Übernahmen und die Verlagerung von Unternehmen oder Unternehmensteilen ausweiten und mit den Gewerkschaften gemeinsam das Recht auf politischen Streik durchsetzen. Kalte Aussperrung ist nicht erlaubt.
- Die Pläne der Bundesregierung, Managergehälter durch eine Stärkung der Rechte der Aktionäre zu begrenzen, sind eine Wahlkampfente: Die Aktionäre werden das nicht besser regeln als die Aufsichtsräte, in denen immerhin noch Vertreter der Beschäftigten sitzen. DIE LINKE fordert eine gesetzliche Begrenzung der Managergehälter auf das 20-fache der untersten Lohngruppe des jeweiligen Unternehmens. Dies entspräche immer noch einem Jahresgehalt von etwa einer halben Million Euro.

Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte im Rahmen von Genehmigungsverfahren können ein scharfes Schwert zum Schutz von Umwelt und den Interessen der Bevölkerung sein, wenn sie vernünftig ausgestaltet sind: so im Kampf gegen neue Kohlekraftwerke, unzulängliche Industrieanlagen, überflüssige Straßenbau- oder Infrastrukturprojekte oder zum Erhalt von Natur- und Erholungsflächen.

- Wir wollen dafür sorgen, dass die Aarhus-Konvention – mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und Rechtswege bei Vorhabengenehmigungen – in Deutschland endlich umgesetzt wird.

Fazit: Andere Sicht auf die Wirtschaft, Forderung einer völlig anderen Arbeitswelt